

Vertagung des Parlaments.

Wien, 3. Mai. Der Reichsrat wird vertagt. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat die Vertagung des Abgeordnetenhauses in der heutigen Obmännerkonferenz angekündigt und sie damit begründet, daß die Regierung entschlossen sei, die Kreishauptmannschaften in Böhmen auf nationaler Grundlage zu errichten, und auch im Süden die für die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Verfügungen zu treffen, welche Maßnahmen eine gewisse Erregung hervorrufen werden, weshalb die Regierung bis zum Abflauen dieser Erregung eine kurze Verschiebung der Sitzungen des Hauses vornehmen wird.

Ob die Ausschaltung des Parlaments in den gegenwärtigen krisenhaften Zeiten der Ernährungsnotwendigkeiten die richtige Maßnahme ist, muß erst abgewartet werden, und es wird sich erst zeigen müssen, ob die von der Regierung gehoffte und gewünschte Vermüdung wirklich eintreten wird.

Falls das Haus — wie es heute heißt — erst in der zweiten Hälfte des Juni wieder

Die Zeit *Abendblatt*
3./V. 1918

zusammentreten wird, wird die Situation vielleicht geklärt sein, aber der Verlauf der Sitzungen wird kaum ruhiger sein, als es heute der Fall wäre. Nachstehend der Sitzungsbericht über die Obmännerkonferenz:

Präsident Dr. Groß erklärt, gestern habe ihm der Ministerpräsident telephonisch den Wunsch geäußert, für heute eine Obmännerkonferenz einzuberufen, da er für gewisse Mitteilungen zu machen habe, weshalb er die Obmännerkonferenz für heute einberufen habe. Der Präsident behauptet, daß die Tschechen und Südslawen heute nicht vertreten seien; aber dies könne kein Grund sein, die Besprechung nicht durchzuführen.

Die Erklärung der Regierung.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei große Parteien heute hier nicht erschienen sind. Er habe den Präsidenten um die Einberufung der heutigen Besprechung ersucht, um den Herren Mitteilungen über gewisse Absichten zu machen, die die Regierung in nächster Zeit auszuführen gedenkt, und andererseits die Vertreter der einzelnen Parteien zu ersuchen, ihn darüber aufzuklären, welche Haltung sie am nächsten Dienstag und fernherin — er wolle nicht so sehr sagen zur Regierung als im Parlament, zum Parlament, einzunehmen gedenken.

Es handelt sich um zweierlei. Er habe bekanntlich schon vor mehr als drei Viertel Jahren nach Rücksprache mit allen Parteien die Frage der Verfassungsrevision und zwar auf Grundlage der nationalen Autonomie, auf die Tagesordnung der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion zu stellen versucht und er könne wohl sagen, daß die Regierung seither sich unablässig bemüht habe, diese Angelegenheiten aus dem Stadium interner Beratungen in dasjenige der parlamentarischen Verhandlung hinüberzuführen. Das sei bisher trotz aller eifrigsten Bemühungen nicht gelungen, da eine Partei — der tschechische Verband — zu einem Beschluß über die Beteiligung an den Verhandlungen nicht gelangt war. Die Regierung habe es wahrhaftig nicht an Bemühungen fehlen lassen, diese Angelegenheit auf dem Wege allgemeiner Verhandlungen durchzuführen. Er habe in einer seiner Reden auch schon angedeutet, daß, wenn es mit der generellen Behandlung der Verfassungsrevision nicht glatt vorwärts gehen sollte, die Regierung sich vorbehalten müsse, ihr Programm soweit selbstständig durchzuführen, als dies eben auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sei. Eine weitere Sinausschiebung dieser Angelegenheit, ein gänzlich passives Verhalten gegenüber der Verfassungsrevision sei kaum mehr möglich, und die Regierung möchte daher einen ersten Schritt tun.

Die Ernennung von Kreishauptleuten.

Es soll demgemäß baldigt eine Verordnung des Gesamtministeriums erlassen werden, die, da ja die Verhältnisse in Böhmen am meisten geklärt sind, die Ernennung von Kreishauptleuten vorsehen wird, und zwar mit nationalabgegrenzten Sprengeln bei Uebertragung gewisser Kompetenzen der Statthalterei an die Kreishauptleute. Das würde ganz im Programm der Regierung hinsichtlich der nationalen Autonomie liegen und ist etwas, das sie schon heute auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 machen könnte. Die Regierung habe die deutliche Empfindung, daß dem tschechischen Volk damit nicht der geringste Schaden zugefügt wird. Die Kreise sind ja auch ein Teil des tschechischen Programms, und deswegen allein, weil dieser Plan den Deutschen sympatisch ist, kann doch die Sache nicht als den Tschechen gefährlich betrachtet werden. Das ist also die Absicht der Regierung in Bezug auf Böhmen.

Die südslawische Frage.

Was den Süden anlangt, so besteht die südslawische Frage, und sie bedarf einer Behandlung. Redner wisse nicht, ob ein südslawischer Staat einmal entstehen werde, ausgeschlossen sei dies wohl nicht. Aber hier darüber zu sprechen, sei unmöglich, weil nicht bloß Oesterreich, sondern auch Ungarn und Bosnien in Betracht kommen. Von einem Vorgriffen könne also nicht die Rede sein. Redner wolle auch darüber nicht sprechen, ob einzelne österreichische Gebiete angeschlossen werden könnten; aber eines sei ziemlich klar: daß, wenn ein solches staatliches Gebilde entsteht — selbstverständlich könne nur von einem solchen die Rede sein, das unter dem Rector seiner Majestät stünde und einen integrierenden Bestandteil der Monarchie bilden würde —, es nicht aus den Friedensbedingungen herauszuwachsen wird, und daß vor allem nicht jene Teile des österreichischen Staatsgebietes einbezogen werden könnten, die auf dem Wege zur Udria liegen und die in inniger Verbindung mit dem deutschen Sprachgebiet stünden. Indes auch in diesen Gebieten bestehen nationale Aspirationen, und es sei selbstverständlich, daß diese nationalen Wünsche der Südslawen mit aller Berücksichtigung behandelt werden müssen.

Redner gebe ohne weiteres an, daß gegenüber den Südslawen auch kulturelle und wirtschaftliche Zugeständnisse möglich wären. Eines aber ist sicher. Alle darauf abzielenden wohlwollenden Bestrebungen können durch Agitationen, die die Nationalitäten untereinander verhetzen, das Verhältnis der Völkern zueinander verärgern und daher das Staatsleben beeinträchtigen und gefährden, nicht gefördert, sondern nur geschädigt werden. Solche Agitationen müssen im Staatsinteresse eingedämmt werden. Er wolle nicht von solchen ruhigen Erörterungen über einen südslawischen Staat, aber verhetzende Agitationen sind unmöglich, sie gefährden die Ruhe des Staates. Derartigen Agitationen, die eine Gefährdung des Friedens unter den Nationalitäten bedeuten, wolle er daher mit gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten, wobei es selbstverständlich sei, daß

gleiche Agitationen von deutscher Seite auch nicht geduldet werden können: Gleiches Recht für alle!

Das, sage er offen und ehrlich, sei die Absicht der Regierung, und er habe Wert darauf gelegt, zu hören, wie die einzelnen Parteien des Hauses sich angesichts dieser Intentionen der Regierung verhalten werden. Von zwei Parteien werde man heute diesbezüglich keine Aufklärung bekommen. Doch scheine ihm eigentlich die Antwort schon gegeben zu sein.

Wir leben in einer sehr ernsten Zeit und gehen in eine noch viel ernstere Zeit hinein. Unsere ganze militärische und politische Lage ist auf einen Höhepunkt angelangt. Die Spannung ist die höchste. Die nächsten Monate werden große Entscheidungen bringen. Er sei fest überzeugt, daß die auf dem Schlachtfelde zu treffenden Entscheidungen zu unseren und unserer Verbündeten Gunsten ausfallen werden. Gleichzeitig sind begreiflicherweise im vierten Kriegsjahre die wirtschaftlichen und namentlich die Ernährungsverhältnisse kritische, durchaus nicht verzweifelte, aber sehr ernste geworden. Jetzt durchzuhalten bis zur endgültigen glücklichen Entscheidung ist eine Existenzfrage des Staates. Es wäre der Regierung ganz unmöglich, sich diesen Aufgaben, die von der unheimlichsten Bedenken seien, mit ganzer Kraft widmen zu können, wenn sie inmitten parlamentarischer Wirrnisse sich bewegen müßte.

Ellenbogenfreiheit für die Regierung.

Die Regierung muß unter allen Umständen Ellenbogenfreiheit haben, sonst würde sie die schwerste Verantwortung auf sich nehmen gegenüber allen Völkern Oesterreichs und gegenüber der Geschichte. Vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit müsse also die Regierung gewisse Garantien dafür haben, daß sie in dem erwähnten Sinne sich frei bewegen kann. Sind diese Garantien vorhanden? In einem gewissen Sinne sei diese Frage schon verneint. Wenn zwei Parteien — nicht der Regierung, sondern dem Präsidenten des Hauses eine Abgabe schiden und die Anwendung eines Instruments zu verhindern trachten, das ja nichts anderes bedeutet als die Sicherung des technischen Fortganges der parlamentarischen Arbeiten, so ist das allerdings für die Dienstag beginnenden Verhandlungen eine sehr traurige Perspektive. Da kann von Garantien nicht die Rede sein, und man müsse sich sagen: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Vertagung auf einige Wochen.

Bei dieser Sachlage schiene dem Ministerpräsidenten eine Sinausschiebung des Wiederbeginnes der parlamentarischen Arbeiten, beziehungsweise eine Fortsetzung der gegenwärtigen Pause, das Zweckmäßigste zu sein. Er wisse nicht, ob der Präsident sich entscheiden könnte, auf Grund des Votums der erschienenen Parteien in eine weitere Sinausschiebung zu willigen, wie er es für acht Tage schon getan habe. Falls dies nicht möglich wäre, so — dies saae er wieder ganz offen — müßte eine Vertagung von Seiten der Regierung ins Auge gefaßt werden, natürlich nicht eine Vertagung auf lange Zeit, aber auf einige Wochen.

Während dieser Zeit müßte der Versuch gemacht werden, den politischen Kränkel zu lösen, eine parlamentarisch mögliche Situation zu schaffen und gewisse politische Fäden fortzuführen, die vorhanden sind. Dann müßte während der Zeit, wie erwähnt, die Regierung ihre volle Kraft darauf verwenden, die wirtschaftlichen und namentlich die Ernährungsfragen, so gut es in der gegenwärtigen Situation möglich ist, zu lösen, um über den kritischen Moment hinwegzukommen. Es wäre möglich, daß in einigen Wochen die Lage sich als eine gebesserte darstellt wird. Von einer Ausschaltung des Parlamentarismus kann natürlich nicht die Rede sein. Der Zeitraum der Vertagung würde so bemessen werden, daß noch genug Spatium bis zum Beginn der Sommerferien bleibt, um die Staatsnotwendigkeiten parlamentarisch zu erledigen.

Keine Anwendung des § 14.

An eine Anwendung des § 14 denke die Regierung selbstverständlich nicht. Es handle sich lediglich um einen Befehl, um über die momentane Situation hinwegzukommen. Der Ministerpräsident sehe fast keinen anderen Ausweg als diesen und glaube, daß er zum auten Ende führen würde. Wenn momentanen parlamentarischen Verhandlungen nicht möglich seien, so liege die Schuld an denselben Parteien, die nach allem, was man in den letzten Tagen gehört habe, den ruhigen Fortgang der parlamentarischen Arbeiten nicht zu garantieren geseint zu sein scheinen.

Präsident Dr. Groß bemerkt, er habe die bisher eingetretene Verschiebung der Sitzungen im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien eintreten lassen und wäre nicht in der Laae, unter den heutigen Verhältnissen, wo bereits von großen Parteien ein diesbezüglicher Protest vorliegt, eine weitere Verschiebung der Sitzungen vorzunehmen. Seine persönliche Meinung in der Angelegenheit spiele hier keine Rolle.

Die Erklärungen der Parteien.

Dr. Waldner (deutschnational) führt aus, er teile die Anschauungen des Ministerpräsidenten und betrachte nichts als so bewerkkräftig, als die in den heutigen Morgenblättern erscheinene Grundlegung der slawischen Parteien an den Präsidenten. Dadurch zeigen sie, daß sie die Hand zur Gewährung eines ruhigen Ganges der parlamentarischen Arbeiten nicht bieten.

Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat) erklärt, seine Partei warne auf das ernsteste vor dem Schritt, den der Ministerpräsident in Aussicht gestellt habe. Eine Verschlagung des Hauses, die bejährt werde, würde von niemand anders angedeutet, außer als Folge, wenn Schritte zur Ausschaltung des Hauses gemacht werden sollten.

Wenn man das Haus auf vier oder sechs Wochen vertage, dürfe man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß man den Debatten, die jetzt befürchtet werden, entgegen könne. Die Hoffnung, daß sich bis dahin die Parteien beruhigen würden, könne man nur als eine beneidenswerte Naivität ansehen. Von der Regierung werde nun eine Maßregel geplant, die den Deutschen nichts gibt und die Tschechen reizt. Nach vier Wochen werde durch diese Maßregel ein Gegenstand mehr zur Debatte stehen. Redner verweist schließlich auf die Wirkungen einer Vertagung des Parlaments im Auslande und erklärt, die Sozialdemokraten erheben von den gekennzeichneten Gesichtspunkten aus ihre Einsprache und ihre Warnung gegen eine solche Maßregel.

Wolf (deutschradikal) erklärt, die Kreiseinteilung in Böhmen sei nicht eine Begünstigung der Deutschen, sondern nur eine Staatsnotwendigkeit. Der Regierung bleibe, um der Öffentlichkeit das Schamspiel einer Verfahrenheit im Parlament zu erproben, nichts anderes übrig, als neben dem Parlament das durchzuführen, was sie nun durchzuführen willens scheint, weshalb es die Deutschen nichts gäbe, daß das Parlament für einige Zeit ausgeschaltet werde. In dem Augenblick, wo alle in Frage kommenden Faktoren des Staates wieder ihre Bereitwilligkeit zeigen, mitzuarbeiten, werden die Deutschen die ersten sein, die auf die Wiederberufung des Parlaments drängen. Er sei der zuverlässigen Hoffnung, daß dies schon in einigen Wochen möglich sein wird. Eine völlige Ausschaltung des Parlaments liege auch nicht im Interesse der Deutschen.

Dr. Dfner (deutschfreihlich) protestiert namens seiner Gruppe gegen eine Vertagung des Hauses, die er für eine unglückliche Maßregel halten würde. Es sei durchaus nicht zu fürchten, daß die Tschechen oder Südslawen das Parlament zerschlagen, das ihnen die einzige Möglichkeit bietet, das sagen zu können, was sie wollen.

Seib (deutscher Sozialdemokrat) bemerkt, die deutschen Sozialdemokraten müssen energisch dagegen Einspruch erheben, wenn man den Deutschen einreden wolle, daß diese Ernennungen irgendwelche Bedeutung haben. Wenn die Regierung erklärt, sie könne trotz aller Bemühungen keine Garantien für die normale Tätigkeit des Parlaments finden, dann gibt es für sie nur eine Konsequenz, nämlich abzutreten. Vielleicht hat ein anderer die Möglichkeit, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß das Parlament zusammenkomme und einer normalen Arbeit zugeführt werde. Die Ausschaltung des Parlaments könnte nur neue Reizungen hervorrufen.

Dr. Dinghofer (deutschnational) bedauere er unendlich eine Verschiebung der Sitzungen mit Rücksicht auf die vielen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die einer Erörterung unbedingt bedürften.

Dr. Conci (Italiener) erklärt, er müsse sich entschieden gegen eine allfällige Vertagung des Hauses aussprechen.

Teufel (deutschradikal) bemerkt, er und seine Partei empfinden ebenso innig für das Parlament wie die Vertreter der Sozialdemokratie, und eben von diesem Gesichtspunkt verlangen sie solidarisch mit der Regierung Garantien für eine arbeitsreiche Session. Die Regierung sei andererseits im Recht, wenn sie eine Unterbrechung der Sitzungen auf so lange verlange, als die Gewähr für eine solche arbeitsreiche Tätigkeit des Parlaments nicht geboten sei.

Rufel (österreichsozial) erklärt, seine Partei sei der Meinung, daß es besser wäre, von einer Einberufung des Hauses vorläufig abzusehen, er betone aber ausdrücklich und wiederholt, daß sie unter gar keiner Bedingung der Ausschaltung des Parlaments auf längere Zeit zustimmen könnte.

Zieleniewski (Pole) bemerkt, wiewohl der Polenklub eine frei bestimmte kurze Unterbrechung zu einer gegenseitigen Aussprache und Verständigung für empfehlenswert erachtet würde, müsse er sich mit Rücksicht auf seine grundsätzlichen Richtlinien mit aller Entschiedenheit gegen jede Regierungsmaßregel aussprechen, die geeignet wäre, das Parlament, wenn auch nur vorübergehend, auszuschalten, dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Sicherung der parlamentarischen Kontrolle zu erschüttern und so die ohnehin schon bestehende Erregung in der Bevölkerung zu vergrößern.

Präsident Dr. Groß bemerkt, der Zweck der Besprechung, die Regierung über die Stimmung der Parteien in der Frage einer Verschiebung des nächsten Abgeordnetenhauses zu reformieren, sei erreicht worden.

Der Präsident erklärte sodann die Besprechung für beendet.

Bevorstehende Erklärungen.

Die Regierung wird, wie es heißt, noch heute eine Erklärung veröffentlichen, in der sie ihr Vorgehen begründen und rechtfertigen wird. — Die deutschnationalen Abgeordneten beabsichtigen, sich morgen mit einer Kundgebung an ihre Wähler zu wenden. Heute nachmittags hält der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien eine Sitzung ab.

Die Ernennung der Kreishauptleute.

Die von der Regierung angekündigte Maßnahme wird die Ernennung von fünfzehn Kreishauptleuten für Böhmen vornehmen. Zudem die Regierung nicht Kreishauptmannschaften errichtet, sondern Kreishauptleute ernannt, hält sie sich streng an den Wortlaut des § 9 des Gesetzes vom 19. Mai 1868 über die Errichtung von politischen Verwaltungsbehörden. So wird es dem Ministerpräsidenten auch möglich sein, sein Versprechen, während der kurzen Vertagung des Parlaments keine § 14-Berordnung zu erlassen, erfüllen zu können, indem er nur auf Grund eines alten Gesetzes Kreishauptleute ernennen wird.

Aussehen der Verhandlungen der Kriegswirtschaftlichen Kommission.

In der heutigen Vormittagsitzung der Kriegswirtschaftlichen Kommission erklärte Obmann Seib, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Situation es psychologisch unmöglich sei, die notwendige Ruhe zur Fortsetzung der sachlichen Verhandlungen in der Kommission zu finden. Die Nachrichten über Pläne, die sich gegen das Parlament richten, haben nicht nur hier im Hause, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen. Er sei daher mit den Kommissionsmitgliedern aller Parteien übereingekommen, daß bis auf weiteres die Beratungen der Kommission ausgesetzt seien. Die nächste Sitzung wird in schriftlichem Wege einberufen.